



AfD-Fraktion im Mannheimer Gemeinderat

Haushaltsrede der AfD-Fraktion vom 16.12.2019

Gehalten von:

Stadtrat Bernd F. Siegholt (Fraktionsvorsitzender)

Übersicht

Einleitende Worte

Wirtschaft und Finanzen

Wohnen und Soziales

Bildung / Schule / Kultur

Verkehr

Sicherheit und Ordnung

Natur- und Umweltschutz

Forst und Grünflächen

Einleitende Worte

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

hier stehe ich und kann nicht anders! Vor einem Jahr hätte ich mir nicht träumen lassen, dass ich heute, vor dem Hauptorgan unserer Stadt, zum Etat der nächsten zwei Jahre sprechen werde.

Deshalb danke ich zunächst der Bürgerschaft, der ich dieses ehrenvolle Amt verdanke.

Die Abfassung meiner Rede ist mir, in Anbetracht der großen Verantwortung für die Menschen unserer Stadt, nicht leicht gefallen.

Es galt abzuwägen, zum einen Natur- und Umweltschutz zu bedenken, zum andern die existentiellen Voraussetzungen nicht aus dem Auge zu verlieren.

Wirtschaft und Finanzen

Noch bezieht Mannheim Steuereinnahmen in nie da gewesener Höhe. Dennoch lebt unser Gemeinwesen, wie schon seit Jahrzehnten, weiter über seine Verhältnisse. Der enorme Schuldenstand wird durch immer neue Bauprojekte, wie z.B. Nationaltheater, Klinikum und Technisches Rathaus, sinnentrückte Straßenumbaumaßnahmen und vieles mehr, beständig erhöht.

Rechtzeitige Bauunterhaltung und Folgenabschätzung von unterbliebenen Infrastrukturmaßnahmen, hätten hier viel Geld gespart, welches heute an anderer Stelle fehlt.

Hier ist z.B. aufzuzeigen, dass die bauliche Substanz von zahlreichen Gebäuden und alten Brückenbauwerken, selbst aus der Kaiserzeit, heute noch deutlich stabiler ist, als Vergleichbares aus den 1960er Jahren.

Als deutliches Zeichen für den Sparwillen der Kommune wäre, nach unserer Ansicht, die Beschränkung auf künftig vier beigeordnete Bürgermeister.

Klartext: wir fordern die Streichung des fünften Dezernates! Die zugehörigen Fachbereiche werden anderen Dezernaten zugeordnet.

Im Übrigen warnen wir schon heute vor den Folgen einer einbrechenden Konjunktur, einer höheren Inflation und einem möglichen, starken Anstieg der Arbeitslosigkeit, verbunden mit einer immer geringeren Kaufkraft der Bevölkerung.

Hier fordern wir Verwaltung und Fraktionen auf, alles zu unterlassen, was die die Situation der hiesigen Industrie und der Geschäftswelt zusätzlich belastet.

Wohnen und Soziales

In Zeiten, wo höhere Arbeitslosigkeit droht, benötigen wir dringend bereits heute bezahlbaren Wohnraum.

Unsere GBG Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft soll sich in dieser Lage wieder stärker auf den Bau und Betrieb bezahlbaren Wohnraums und Sozialwohnungsbau konzentrieren. Dabei soll auch Senioren und Behinderten ein würdevolles Wohnen und eine Teilhabe am Gemeinschaftsleben durch dort angesiedelte, städtisch unterstützte, aber selbstverwaltete und organisierte Seniorentreffs ermöglicht werden.

Dazu fordern wir, dass die GBG – früher „Gemeinnützige“ genannt – künftig wieder ihre Überschüsse für Mieter und Bausubstanz einsetzt, anstatt dem Kämmerer Traumrenditen abzuliefern.

Unsere Stadt hat durch die schiere Menge von verwendbarem Wohnraum auf den Konversionsflächen, die einmalige Chance, aktiv zu einer sozial verträglichen Wohnraumversorgung beizutragen. Den pauschalen Abriss von intakten Wohnanlagen lehnen wir aus diesen Gründen ab.

Bei Neubebauung müssen alle Verkehrsteilnehmer gleichmäßig mit Verkehrsflächen bedacht werden. Diese Wege dürfen nicht aus ideologischen Gründen nur auf Fahrrad, Elektroroller und Fußwege beschränkt werden, sondern müssen zwingend auch Kraftfahrzeuge

einschließen. Das Fernhalten dieser Art Beförderungsmöglichkeit würde einer Umerziehung von mündigen Bürgern gleichkommen, die der Einstellung und der Mentalität der meisten Menschen widerspricht.

Kein Wohnungsinhaber fährt mit 0,8 Autos nach Frankreich, Italien, Spanien oder in die Türkei. Und wenn er von dort wieder nach Hause kommt, erwartet er seinen Parkplatz zu finden. Und in der Regel haben Familien auch Kinder. Die manchmal auch über 18 sind. Und damit den Wunsch auf ein eigenes Kraftfahrzeug durchsetzen. Wo wollen wir die kommunalen Ordnungsbediensteten hernehmen, die dann die Regel 0,8 Fahrzeuge und Parkplätze pro Haushalt durchsetzen müssen?

Folge sind soziale Konflikte, Kampf ums Parken und Faustrecht statt friedlichem Zusammenleben der Generationen und Kulturen.

Der infolge des Entzuges der Kraftfahrzeuge politisch gewünschte Zwang, das Wohngebiet möglichst nicht verlassen zu können, schränkt überörtliche gesellschaftliche, soziale Kontakte und Aktivitäten stark ein. Durch eine solche Ghettoisierung wird z.B. die freie Wahl des Einkaufs administrativ verhindert.

Wir wollen, dass jungen Familien erschwinglicher und voll umfänglich nutzbarer Wohnraum zugänglich gemacht wird, um die Abwanderung ins Umland zu mindern.

Wir fordern, dass die sogenannte „zweite Miete“, durch eine verminderte Grundsteuer und anderer städtischer Abgaben, dem Rahmen und den Möglichkeiten der Bewohner angepasst werden.

Bildung / Schule / Kultur

Die AfD befürwortet ein klassisches Betreuungskonzept, bei dem insbesondere Kleinkinder viel Zeit mit ihren Bezugspersonen verbringen. Eine Verstaatlichung der Kindheit, wie seinerzeit in der DDR, lehnen wir strikt ab. Familie und Beruf müssen vereinbar sein und deshalb Eltern sowie Alleinerziehende bei ihrer Doppelbelastung deutlich unterstützt werden.

Wir fordern im Bereich der Kindertagesstätten eine höhere Versorgungsquote und adäquate, an die Bedürfnisse der Familien angepasste Betreuungszeiten. Gleichzeitig anerkennen wir, dass die Stadt Anstrengungen unternimmt, die über ihre gesetzlichen Pflichten hinausgehen.

Die Kindergärten müssen die Kinder in altersgerechten Gruppen auf die Schulreife vorbereiten. Insbesondere fordern wir den Ausbau der frühkindlichen Spracherziehung, um die erheblichen Probleme mit der deutschen Unterrichtssprache an den Grundschulen zu mindern.

Wir unterstützen, dass mehr Ganztagschulen geschaffen werden, besonders an sozialen Brennpunkten. Wo dies nicht möglich ist, fordern wir mehr Nachmittagsbetreuung an Grundschulen sowie Hortangebote nach der Schule. Leider muss unsere Stadt mit Schulsozialarbeit als gesellschaftlicher Reparaturbetrieb auch an den Schulen für das Land einspringen. Hier sind die Ressourcen effizient einzusetzen, ggf. rotierend dort, wo ein akuter Bedarf erkennbar ist.

Es muss Schluss sein mit ständig neuen Schulreformen und Experimenten. Die Stadt muss auf die Landespolitik einwirken, um das Konzept der totalen Inklusion und den Abbau unseres ausdifferenzierten

Schulsystems sowie Spielereien wie „Schreiben nach Gehör“ auszubremsen.

Dem Wunsch vieler Eltern nach Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums (G9) ist nachzukommen.

Die freie künstlerische Entfaltung ist ein Markenzeichen unserer Stadtgesellschaft.

Kleinkunsth Bühnen, Musikclubs und Jugendkulturzentren müssen ebenso gefördert werden, wie Museen und Konzertsäle. Dies gilt insbesondere auch für die Vororte.

Einrichtungen, die Hass schüren, zu Ausgrenzung oder gar Gewalt aufrufen, dürfen keinen Anspruch auf Förderung durch Steuergelder geltend machen.

Die AfD steht zum Nationaltheater Mannheim, als historisch bedeutende Bühne zur Pflege unseres Kulturgutes. Mit Besorgnis sehen wir den immer weiter steigenden, extrem hohen Zuschussbedarf und fordern einen kritischen Blick auf die Sach- und Verwaltungskosten.

Verkehr

Mannheims AfD unterstützt alle Maßnahmen, die zur Verbesserung des Radfahrer- und Fußgängerverkehrs beitragen, und solche, die öffentliche Verkehrsmittel attraktiver und sicherer machen, auch durch Ausbau des Nachtverkehrs.

Wir lehnen aber eine ideologisch motivierte, autofeindliche Verkehrspolitik ab, die den motorisierten Individualverkehr künstlich

behindert und versucht, die Bürger umzuerziehen. Daher lehnen wir auch den Rückbau von Hauptverkehrsstraßen ab. Ludwigshafen ist ein mahnendes Beispiel dafür, wie man eine Innenstadt ruiniert. Dort wurde in den 1980er Jahren durch eine massive Ausweitung der Fußgängerzonen zulasten des Autoverkehrs der Einzelhandel verdrängt. Folgen siehe oben.

Um den weiteren Verkehrsinfarkt zu verhindern, muss mittelfristig der Bau einer vierten Rheinquerung sowie der Westtangente – wie bereits in den 1980er Jahren fertiggeplant – erfolgen, um die Verkehrsinfrastruktur zu verbessern. Gleichzeitig sind die Wohngebiete vom Durchgangsverkehr zu entlasten.

Sicherheit und Ordnung

Öffentliche Sicherheit – der Schutz von Leben, Unversehrtheit und Eigentum der Bürger – ist staatliche Kernaufgabe. Die bis dato etablierten Parteien sind sich leider darin einig, dieser Pflicht nur unzureichend nachzukommen. Die Kriminalitätsentwicklung infolge der Grenzöffnung ab Herbst 2015 hat zu einer massiven Verunsicherung der betroffenen Bevölkerung geführt.

Wir erwarten ein Ende der Verniedlichung und Verschleierung der Kriminalität in Mannheim. Es ist höchste Zeit, endlich unbequeme Fakten und die Tätergruppen zu benennen.

Auch das Erscheinungsbild einer Stadt, wie etwa die Sauberkeit der Plätze und Straßen, ist wichtig für die Lebensqualität und das Sicherheitsempfinden der Bürger. Graffiti und Schmierereien müssen

bekämpft und umgehend beseitigt werden. Aber Mannheim vermüllt und der öffentliche Raum wirkt vielerorts verwahrlost. Die städtische Polizeiverordnung untersagt zwar das Wegwerfen von Müll, das wilde Urinieren und das Herumlungern auf öffentlichen Plätzen. Leider aber wird dieses Verbot mangels Kontrollorganen nicht nachhaltig umgesetzt.

Wir fordern daher, den Kommunalen Ordnungsdienst personell und materiell besser auszurüsten.

Die Videoüberwachung muss weiter ausgebaut werden, sogenannte „Angsträume“ müssen beseitigt und das Entstehen von Kriminalitätsschwerpunkten („No-Go-Areas“) verhindert werden.

Wir bekennen uns klar zu unserer Polizei und dem Bemühen der Stadt, diese vom Land sowohl personell wie materiell besser auszustatten. Polizeireviere in den Vororten sind nicht zu schließen, sondern aufzustocken. Um das bürgernahe Gesicht der Polizei zu betonen, sind besonders in der Innenstadt mehr Fuß- und Radstreifen einzusetzen.

Wir fordern, gegen die „Poser-Szene“ und illegale Autorennen konsequent durch Kontrollen in der gesamten Stadt vorzugehen.

Natur- und Umweltschutz

Der Erhalt unserer natürlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Existenzgrundlagen zählt zu den Grundüberzeugungen der AFD. Mannheim als Oberzentrum einer dichtbewohnten Metropolregion hat die Faktoren stets im Zusammenhang zu berücksichtigen. Wir sind für den nachhaltigen Umgang mit diesen Ressourcen und fordern daher, den Bau von Windrädern auf Mannheimer Gemarkung zu unterlassen.

Das flächendeckende Zupflastern der Landschaften und Meere mit Windrädern ist weder der Natur noch den Menschen zuträglich. Wo bleibt bei diesen späteren Industrieruinen der Gedanke der Nachhaltigkeit? Wer erklärt uns z.B., wie die Fragen der Entsorgung des Rotoren- und Turbinen-Sondermülls erfolgt? Warum wird die Diskussion um den unhörbaren und potentiell gesundheitsschädlichen Infraschall unterdrückt?

Warum sind die gewaltigen Gewinne der Windkraftprofiteure wichtiger als die Gesundheit von Mensch und Tier und warum wird der Hersteller dieser Energieform so gewaltig subventioniert?

Wir sind für den Schutz von Mensch und Tierwelt und für den Erhalt von wertvollen Wald- und Landwirtschaftsflächen.

Im Zuge der Elektrifizierung auch des Verkehrssektors benötigen wir das GKM, das zuletzt rund 1.300 Millionen EURO für eine zuverlässige Lieferung mit Grundlaststrom und Fernwärme investiert hat. Darüber hinaus ist das GKM mit einer Primärenergieausnutzung von über 70% weltweit führend. An dieser Stelle sei betont, dass es sicher nicht nachhaltig ist, diese Milliardeninvestition ohne Not zu vernichten. Von dem Verlust hunderter hochqualifizierter und gutbezahlter Fachkräfte ganz abgesehen.

Forst und Grünflächen

Die AFD fordert durch Erhöhung der dafür vorgesehenen Mittel die Pflege von Kinderspielplätzen, Grünflächen und Parkanlagen sowie auch das Grün an Straßen und Wegen zu verbessern.

Luisenpark und Herzogenriedpark sollen als geschützte Freizeit und Naherholungsareale wieder attraktiver werden. Die neubeschlossene Strandbadordnung ab 2020 muss im Interesse der Natur und der Erholungssuchenden konsequent durchgesetzt werden.

Die Eingriffe in den Waldpark sind bei der Maßnahme der Rheindammsanierung minimalinvasiv zu gestalten. Aber auch hier gilt, die Sicherheit von hunderttausenden von Menschen hat unbedingt Vorrang.

Gesunde Stadtbäume stabilisieren und verbessern nachhaltig das Stadtklima. Mir ist es als Naturschutzwart ein Bedürfnis, auf das Missverhältnis zwischen dem Nutzen eines Altbaumbestandes zu einer Neupflanzung hinzuweisen. Der Schutz alter Stadtbaumbestände sollte Vorrang haben, auch dann wenn es um öffentliche Prestigeprojekte geht.